

Als der Taunus preußisch wurde

GESCHICHTSVEREIN Gregor Maier referiert über das Ende des Herzogtums Nassau 1866

IDSTEIN (red). Das Publikum lobte bei der Aussprache den Referenten für seine professionelle Distanz. Zuvor hatte Gregor Maier etwa eine Stunde lang über den Preußisch-Österreichischen Krieg von 1866 und das Ende des Herzogtums Nassau beim Idsteiner Geschichtsverein berichtet. Maier, Historiker und Leiter des Kulturamtes und des Kreisarchivs im Hochtaunuskreis, skizzierte zunächst ein differenziertes Bild des erst 1806 entstandenen, jungen Herzogtums. „Dieses zeichnete sich durch eine eher bescheidene Wirtschaftskraft und entsprechend beschränkte Machtmittel ebenso aus wie durch heftige innenpolitische Auseinandersetzungen.“ Während das Herrscherhaus spätabsolutistisch agiert habe, habe das Bürgertum nach Mitbestimmung und wirtschaftlicher Freiheit gestrebt, erläuterte Maier. Nach der Revolution von 1848 sei Herzog Adolf einen harten Reaktionskurs gefahren, während sich

in der Bürgerschaft zwei Parteien entwickelten, von denen die liberale Fortschrittspartei immer offener gegen den Herzog agiert habe.

Als treuer Verbündeter Österreichs habe sich der Herzog über die vom nassauischen Landtag geforderte Neutralität im Preußisch-Österreichischen Krieg hinweggesetzt. Von Bismarck als Auseinandersetzung um Schleswig-Holstein provoziert, sollte 1866 der „Einfluss Österreichs als deutsche Vormacht“ endgültig zurückgedrängt werden. 5000 Soldaten habe der Nassauer Herzog in die nur wenige Wochen dauernden militärischen Auseinandersetzungen geschickt. Nach der entscheidenden Schlacht bei Königgrätz – an der die Nassauer nicht beteiligt waren – und der Kapitulation der Österreicher sei der nassauische Herzog aus Biebrich geflohen. Am 18. Juli 1866 hätten die preussischen Truppen Wiesbaden kampflos eingenommen, förmlich in das Königreich Preußen sei das

Herzogtum dann am 3. Oktober einverleibt worden.

Bevölkerung nimmt Wahlrecht kaum wahr

Gregor Maier widmete sich ausgiebig der Frage, wie Krieg, Besetzung und Annexion in Nassau wahrgenommen wurden. Der eingesetzte Zivilkommissär, der bisherige Wetzlarer Landrat Gustav von Diest, habe immer wieder betont, dass sich die „Okkupation des Landes nicht gegen die Bevölkerung, sondern gegen die bisherige Regierung“ richte. Ausführlich erläuterte Maier die Positionen der Liberalen, die einerseits aus wirtschaftspolitischen Gründen die Anbindung an Preußen begrüßt hätten, andererseits im Kampf um Freiheits- und Partizipationsrechte höchst kritische Töne hätten verlauten lassen.

Derweil habe von Diest die Notwendigkeit von großflächigen „wohltätigen Einquartierungen“

gesehen. Denn die breite Bevölkerung habe sich weiterhin loyal mit ihrem Land und ihrem Herzog gezeigt. Die Einquartierungen sollten Preußenfeinde kontrollieren, aber auch durch unmittelbaren Kontakt mit den preussischen Soldaten die „nassauische Gräuelpaganda über die preussische Armee“ entkräften. Dazu hätten die neuen Herrscher auch geschickt Zeitungen und Lokalblättchen zur Meinungsmache genutzt.

Die Einrichtung einer neuen selbstständigen Kommunalverwaltung, die Trennung von Verwaltung und Justiz und das vergleichsweise moderne Wahlrecht zum Reichstag des Norddeutschen Bundes – die Preußen hätten auch die Möglichkeit zur politischen Partizipation gebracht. Dennoch stellte Maier angesichts der geringen Wahlbeteiligung fest: „Distanzierter Rückzug und Passivität kennzeichneten die Haltung der Bevölkerung im Taunus, als sie preussisch wurde.“